Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an allen Kiosken erhältlich

722

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Segler / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Anzeigenteil 1,35 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 25. August 1926 — Nummer 186

Unterstützt die englischen Bergarbeiter!

Die englischen Bergarbeiter führen ihren nun schon vier Monate dauernden Kampf mit aller Entschiedenheit fort. Bei rund 1 250 000 streikenden Bergarbeitern fanden sich bisher nach kapitalistischer Rechnung 28 000 Streikbrecher. Gestern mußte die bürgerliche Telegraphenagentur berichten, daß nach einer Tagung des Bergarbeiterführers Cook in den Bezirken von den sich zum Streikbruch bereiterklärten Arbeitern 7/8 die Arbeit nicht aufgenommen haben. Das bedeutet, daß die Front der Bergarbeiter nach wie vor unerschüttert steht. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich über das Ausmaß dieses gigantischen Kampfes klar werden. Es geht nicht nur um die englischen Bergarbeiter, sondern um die gesamte internationale Arbeiterhilfe. **Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter wird Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung in allen übrigen Ländern zur Folge haben.** Um zu siegen, hungern die Bergarbeiter mit Frau und Kind. Was geschah bisher in Deutschland? Außer der Sammelaktion der „Internationalen Arbeiterhilfe" unternahm das deutsche Proletariat nichts, den Heldenkampf der englischen Bergarbeiter zu unterstützen. **Rund 600 000 Tonnen Kohle wanderten als Streikbrecherkohle Monat um Monat von Deutschland nach England.** Die Kohlenförderung in Deutschland steigt. Während im **Januar 11 190 000 Tonnen gefördert wurden, stieg** die Förderung bis zum Juni auf 11 760 000 Tonnen. Der Wert der ausgeführten Kohlen stieg vom April bis Juni ungefähr das Doppelte. Während im April für 33,9 Millionen Mark Steinkohle ausgeführt wurde, betrug die Ausfuhr im Juni 67,8 Millionen Mark. Mit diesen ungeheuren Kohlenmengen hilft man den deutschen Kapitalisten, besondere Profite zu schinden, und den englischen Kapitalisten, den Sieg über die englischen Proletarier zu erringen. Noch haben die deutschen Gewerkschaften nichts unternommen, um ernsthaft und entschieden in den Kampf der englischen Bergarbeiter einzugreifen. Monatelang haben sie nicht einmal eine finanzielle Unterstützung durchgeführt. Fast ausschließlich das russische Proletariat unterstützt die englischen Bergarbeiter. Die gesammelten Summen betragen viele Millionen Rubel. Der Gesamtbetrag, den die deutschen Gewerkschaften zum Streik für die englischen Arbeiter sammelten, beträgt die lächerlich geringe Summe von rund 181 000 Mark. Trotz dieser Unterstützung des Kampfes entfachen die deutschen Gewerkschaften eine wüste Hetze gegen Sowjetrußland, schüren in ihren Gewerkschaftszeitungen die nationalen Gegensätze. Die Gewerkschaftsführer sind die Agenten und Helfershelfer der internationalen Kapitalisten. Die Arbeiterschaft muß vorangehen, endlich den Kampf auf internationaler Basis gemeinsam zu führen. Haben die deutschen Arbeiter auch nur den geringsten Nutzen davon, daß sie jetzt für die Grubenbarone schanzen und ihren englischen Genossen in den Rücken fallen? Gewiß sind im Ruhrgebiet die gefürchteten Entlassungen in großem Umfange noch nicht vorgenommen worden, aber der Stand von 45 000 erwerbslosen **Bergarbeitern, darunter 10 000 Hauer, über** 45 Jahre, die nie wieder eingestellt werden, ist bestehen geblieben. Die Förderung der Kohle seit Januar ist gesteigert, die Arbeiterzahl aber ständig zurückgegangen. **Ende Januar betrug** die Arbeiterzahl 388 815, **Ende Mai 365 234 und Ende Juni** 366 367. Man sieht also trotz des Anstiegs von Mai zu Juni gegenüber Januar einen starken Rückgang der Belegschaft. Nimmt man demgegenüber noch das Verhältnis von 1913, so ist der Rückgang der beschäftigten Bergarbeiter noch viel größer. Im Juni 1913 war die Belegschaft 420 300 Mann.

Die Kapitalisten haben also das Rationalisierungsprinzip im Ruhrbergbau durchgeführt. Auf Kosten der Ausbeutung der Arbeiter haben sie den englischen Streik ausnutzen können, um große Profite zu gewinnen. Die günstige Lage bei Beginn des englischen Streiks, bei der man mit dem Anwachsen der deutschen Kohlenproduktion unbedingt rechnen mußte, wurde von den Amsterdamer Gewerkschaften nicht ausgenutzt. Erst jetzt, wo der englische Streik in ein kritisches Stadium getreten, hat der Bergarbeiterverband seine Forderung überreicht. Inzwischen haben aber die deutschen Bergbarone soviel Kräfte gewonnen, daß sie die Forderung der Bergarbeiter mit Hohn und Spott zurückweisen. Sie verlangen entgegen den Forderungen der Arbeiter eine Herabsetzung der Löhne, eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die Zurückschlagung dieses Vorstoßes der Grubenbesitzer kann nur erfolgen, wenn die deutschen Arbeiter das Versäumte sofort nachholen und den Streik der englischen Bergarbeiter noch entschieden unterstützen und auf eine internationale Basis stellen.

Die **erste Aufgabe** der deutschen Arbeiter ist es jetzt, sofort **für eine genügende finanzielle Unterstützung der englischen Bergarbeiter** zu sorgen. Die jetzt endlich wieder aufgenommene Sammeltätigkeit muß von den Arbeitern im Betrieb selbst gründlich durchgeführt werden, da die Gewerkschaftsbureaukraten auch jetzt noch eine ernsthafte Unterstützung sabotieren. Darüber hinaus jedoch müssen die **Arbeiter** in ihren Gewerkschaftsversammlungen zum englischen Streik Stellung nehmen und die Einstellung der Kohlentransporte verlangen.

Keine Streikbrecherkohle nach England!
Internationale Kampfsolidarität!
Kampf gegen die Kapitalisten!

Die Bergarbeiter halten durch

Polizeieinsatz für Unternehmergewinn.

London, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Cook und andere Bergarbeiterführer aus den Bergarbeiterrevieren zurückgekehrt sind, erklärten sie, daß es ihnen gelungen ist, die Verwirrungsarbeit der Unternehmer, mit der sie einen kleinen Teil der Bergarbeiter zur Arbeit gelockt hatten, zu durchkreuzen. Es wurden überall Bergarbeiterversammlungen abgehalten und Resolutionen für die Weiterführung des Kampfes und gegen jede Konzession angenommen. Die Bergarbeiter, die in einigen Bezirken durch die Vorspiegelungen der Unternehmer zur Wiederaufnahme der Arbeit bewogen wurden, haben jetzt die Arbeit wieder niedergelegt. Die Meldungen über die Zahl der Arbeitswilligen sind übrigens, wie die Bergarbeiter feststellen konnten, von der bürgerlichen Presse aus Propagandagründen stark übertrieben. In den Streikbezirken geht die Polizei brutal vor. Man entfaltet eine wüste Hetze gegen die Bergarbeiter, die sich angeblich mit „Stöcken bewaffnet" haben. Die bürgerliche Presse meldet, daß verschiedene Ortschaften Verstärkung der Polizei gefordert haben, da die Türen der Arbeitswilligen mit Drohungen in Kreideschrift beschrieben werden. Heute tritt der Kronrat zusammen, der Beschlüsse des Parlaments, das für Montag einberufen, vorberaten soll. Das Parlament soll nur zwei Tage zusammenkommen um den Notstandsverhandlungen seine Sanktion geben.

„Schluß mit der Lüge vom Klassenkampf"

Das Programm der sozialfaschistischen ASPS

Am letzten Freitag fand in Dresden eine öffentliche Versammlung der ASPS statt, in der Nickisch, der Chefredakteur des „Volksstaats", über das Thema **„Sozialdemokratie und Staat"** sprach. Die Rede Nickisch', über die der „Volksstaat" sehr ausführlich berichtet, ist in mehrfacher Hinsicht äußerst interessant. Einmal unterstreicht sie den **sozialfaschistischen, nationalsozialistischen Charakter der ASPS**, zum anderen enthält sie sehr bemerkenswerte Ausführungen über die **Politik des SPD-Parteivorstandes**, die in derselben Linie liegen, wie die „Kritik", die Bethke in seinem Brief an Wels (März dieses Jahres) an der Politik des Parteivorstandes übte. Bethke beschuldigte damals den Parteivorstand, daß er den **„Stimmungsströmungen der Massen" allzu sehr Rechnung trage und nicht den „Mut" und den „festen Willen" habe, ihnen „mit Energie entgegenzutreten"**, daß ihm also eine **„feste willensstarke Führung" fehle**, die seine Politik ohne Konzessionen an die Stimmung der oppositionellen Arbeiter durchzusetzen. Daraus seien auch die vielen Schwankungen in der Politik des Parteivorstandes zu erklären.

Nickisch geht diesem Gedankengang eine umfassende theoretische Grundlage. Er beginnt den grundsätzlichen Teil seiner Rede mit folgenden Ausführungen:

„Eine kommunistische Zeitschrift, „Die Internationale", äußerte sich einmal bei Besprechung meiner Schriften sinngemäß: Mein Kennzeichen sei, daß ich die Theorie der sozialdemokratischen Praxis gebe. Aber die sozialdemokratischen Führer könnten unter gar keinen Umständen erlauben, daß man unverschleiert den Sinn ihres Tuns erfasse und den Arbeitern auch noch zum Bewußtsein bringe. Nach meinem Dafürhalten war das ganz gut gesagt. Es ist seit Jahren das Wesen der sozialdemokratischen Politik: Das Notwendige war zu tun, aber immer ein schlechtes Gewissen dabei zu haben."

Nach dieser allgemeinen und durchaus richtigen Charakterisierung der Politik des SPD-Parteivorstandes gibt Nickisch einen geschichtlichen Rückblick, um seine These zu beweisen:

„Schon lange vor dem Kriege hatte die SPD in ihrer Praxis sich den staatspolitischen Erfordernissen angepaßt. ... Diese staatspolitische Praxis trat in aller Schärfe am 4. August 1914 hervor. In dem Augenblick, in dem das Dasein des deutschen Staates gefährlich bedroht war, wurde die gesamte deutsche Arbeiterschaft von einem einheitlichen Impuls ergriffen. Da zeigte sich, wie der Staat ein „Gebilde der Natur" ist, etwas ganz Elementares, das, in den Stürmen der Not, immer doch den Menschen ganz unmittelbar packt."

Die Kriegspolitik der SPD ist also für Nickisch das Musterbeispiel „staatspolitischer Praxis", da die SPD, allen sichtbar, **die nationalen Interessen über die Klasseninteressen stellte und „ein Sozialdemokrat das nationalste aller Lieder sichtete"**. Aber

„... daß die Sozialdemokratie im Verdacht gestanden hatte, staatsfeindlich zu sein, rächte sich jetzt in ihrer Politik. In diesen Tagen des Unglücks hielt sie es, aus einer inneren Unsicherheit heraus, immer für notwendig, durch besondere Gefügigkeit zu beweisen, daß sie national denke. Das hinderte sie daran, als eine Opposition, der niemand die nationale Zuverlässigkeit hätte absprechen können, nach Kräften für eine klügere Kriegspolitik wirksam zu werden, als es die der kaiserlichen Regierung war."

Nickisch bestätigte dann, daß die SPD ihre „staatspolitische Praxis" auch nach dem Kriege fortsetzte:

„Nach dem Zusammenbruch von 1918 hätte sie die Möglichkeit gehabt, die staatsverneinende Theorie zu verwirklichen. Sie hätte den deutschen Staat zertrümmern können. Sie tat das Gegenteil. Sie bemühte sich, ihn zu erhalten trotz seiner bürgerlich-kapitalistischen Struktur; sie ließ Empörer niederwerfen, die über den bürgerlich-kapitalistischen Staat hinwegglommen wollten; einzelne Sozialdemokraten, wie zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident Hirsch, nahmen sogar bürgerlichen Händen Gelder zur Bekämpfung des Bolschewismus. Diese Linie setzte sie fort in der Koalitionspolitik, in dem Ausbau der Weimarer Verfassung. Das jeweilige Ausscheiden aus der Koalition bedeutete niemals einen Bruch mit ihren staatspolitischen Neigungen; sie stand immer außerhalb der Koalition mit der Absicht, möglichst bald wieder hinein zu dürfen."

Die linken Führer glossiert Nickisch mit folgenden Worten:

„Es gab einen Flügel, der sich jetzt um Levi gruppiert, der immer von der schärfsten Opposition redete; aber das war niemals so schlimm gemeint."

Ueber die gegenwärtige Politik der SPD sagt Nickisch folgendes:

„Man sieht ein, daß die gegenwärtige Stellung geradezu komisch ist. Man trägt die Verantwortung für die Regierung und hat doch nicht den mindesten Einfluß auf sie. Der Volksentscheid hat die Erfüllung der Koalitionsgelüste etwas verzögert; aber schon sind Kräfte am Werk, die dem notwendigen Kompromiß zusteuern. Bei dieser praktischen

Vertrieb kommunistischer Literatur ist Hochverrat

Heraus zum Protest gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit!

Die Verfolgung der KPD, die Unterdrückung der kommunistischen Literatur nimmt immer krassere Formen an. Jetzt geht die Klassenjustiz dazu über, einen Generalangriff gegen die kommunistischen Buchhandlungen und Verlagsanstalten durchzuführen. Schon vor einiger Zeit war bekanntlich im Erzgebirge eine Genossin wegen Vertriebs verbotener Literatur wegen Hochverrat verurteilt worden. Neuerdings will man jede Herausgabe von Schriften, die nachträglich verboten werden, wegen Hochverrat belangen. Der Buchhändler der hiesigen Buchhandlung, Genosse Oswald Groß, war gestern zu einer Vernehmung beim Amtsgericht. Dort wurde ihm eröffnet, daß man einen Prozeß wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet habe, weil man anläßlich der Beschlagnahme verfallene Literatur bei ihm gefunden habe. Darin sei der Tatbestand des fortgesetzten Hochverrats zu erblicken. Die beschlagnahmte Literatur war vom Genossen Groß von den Verlagsanstalten, bevor das Verbot derselben ausgesprochen, zugesandt worden. Gleich nach Ausspruch der Verbote setzte die polizeiliche Beschlagnahmeaktion ein, ohne daß die Buchhändler etwas von dem Verbot der Literatur erfahren haben. Wenn jetzt deswegen ein Hochverratsverfahren eingeleitet wird, dann bedeutet das, daß kommunistische Literatur in Zukunft überhaupt nicht mehr erscheinen könnte, weil weder der Autor, die Verlagsanstalt, noch der Buchhändler bei der Klassenjustiz wissen kann, was sie jetzt als Hochverrat auslegt. Das ungeheuerliche Vorgehen der Klassenjustiz muß auf den schärfsten Protest der gesamten Arbeiterschaft stoßen. Dieses Vorgehen bedeutet eine bis dato unübertroffene Unterdrückung der freien Meinung, wie sie selbst im wilhelminischen Deutschland nicht der Fall war. Die faschistische, reaktionäre Klassenjustiz führt den Kampf gegen den Marxismus und Leninismus mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unter dem Bruch von Verfassung und Gesetzen. Die Arbeiterschaft kann aus diesem Vorgehen erneut ersehen, welchen Wert demokratische Gesetzesbestimmungen haben. Jetzt gilt es, einheitlich und geschlossen den Angriff der Reaktionäre zurückzuschlagen.

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlag „Vina" erschienen heute Kriminalbeamte, um die neu erschienene, militärisch-politische Zeitschrift „Oktober" zu beschlagnahmen. Die Haussuchung verlief ergebnislos.